



#KLIMAWAHL2019

Jahres-Presskonferenz der Grünen Thurgau

Donnerstag, 24. Januar 2019, Frauenfeld

Teilnehmende

Regula Rytz, Präsidentin Grüne Schweiz

Kurt Egger, Präsident Grüne Thurgau

Sandra Reinhart, Präsidentin Grüne Amriswil

Didi Feuerle, Vize-Fraktionschef Grüne Thurgau und Präsident Grüne Arbon

Simon Vogel, Präsident Junge Grüne Thurgau

Themen

- Grüne Schweiz: Klimawahl 2019
- Thurgauer Energiegesetz
- Steuervorlagen
- Junge Grüne Thurgau
- Wahlen 2019 und Ausblick 2019



2019 WIRD EINE KLIMAWAHL!

REGULA RYTZ, PRÄSIDENTIN GRÜNE SCHWEIZ

Ich freue mich sehr, heute eine Brücke zwischen der Politik der Thurgauer Grünen und der Grünen in Bundesbern bauen zu können. Wir haben in der Ostschweiz ja ein grosses Potenzial von grünen Wähler/innen und durchaus noch Luft nach oben. Wenige Kilometer von hier, in Baden-Württemberg, stellen die Grünen mit Winfried Kretschmann einen Ministerpräsidenten. Sie haben einen Wähleranteil von über 30 Prozent und sind zu einer eigentlichen Volkspartei geworden. Mit den gleichen Themen und der gleichen Politik wie wir: Einer Politik mit Bodenhaftung und nahe bei den Menschen.

In knapp einem Jahr wird in der Schweiz das nationale Parlament gewählt. Alle Zeichen stehen auf grün. In Belgien, in Luxemburg, in Bayern, in Hessen, im Kanton Zug, in Thun, in Seedorf: Überall haben die ökologischen Kräfte in diesem Wahlherbst vorwärts gemacht. Auch die Umfragewerte sind erfreulich. Würde morgen in der Schweiz gewählt, dann könnten die Grünen von allen Parteien am stärksten zulegen. Dieser Trend bestätigt die realen Erfolge in Kantonen, Städten und Gemeinden. Wir haben in dieser Legislatur 18 Kantonsratssitze gewonnen und in der Westschweiz richtige Erdrutschsiege eingefahren. Wir haben in vielen grossen Gemeinden neu Exekutivverantwortung übernommen, in Wil zum Beispiel oder in Thun. Der Stadtpräsident von Bern ist erstmals grün und in Zürich sind wir seit letztem Jahr mit zwei Stadträten in der Regierung vertreten. Wir wollen gestalten, wir wollen Verantwortung übernehmen, wir wollen für die grossen Herausforderungen unserer Zeit konkrete Lösungen entwickeln.

Der grüne Sprung nach vorne ist kein Zufall. Es hat sich etwas verändert in den letzten Jahren. Immer mehr Menschen wissen, was mit der Klimakrise auf dem Spiel steht. Sie stärken die Kräfte, die sich seit vielen Jahren hartnäckig und kompetent für die natürlichen Lebensgrundlagen, für Offenheit, Vielfalt und Respekt einsetzen. Der diesjährige Hitzesommer hat uns alle maximal für die Wahlen 2019 motiviert. Ich bin überzeugter denn je: Wenn wir den Aufbruch ins postfossile Zeitalter schaffen wollen, dann müssen wir Umweltschutz immer auch mit sozialem Ausgleich und mit der Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verbinden. Grüne Politik muss fair und weitsichtig sein - sonst wird sie wie aktuell in Frankreich durch Zukunftsängste abgeblockt.

Ein Jahr vor den nationalen Wahlen zeigt sich, für was die Parteien stehen und für wen die Parteien eintreten. Wir GRÜNE stehen für eine moderne, ökologische, demokratische, freiheitliche, soziale und weltoffene Schweiz. Für eine Schweiz mit Pioniergeist und für eine Schweiz, die Haltung zeigt. Uns wählt man nicht, um etwas abzuwehren. Uns wählt man, um die Schweiz voranzubringen – als Teil einer vernetzten, solidarischen Welt.



Es geht um viel in den nächsten Jahren. Es geht um alles. Wir stehen vor einer tiefgreifenden Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft. Wir haben noch 10 bis 15 Jahre Zeit, um uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energien zu befreien. Nichtstun kostet sehr viel mehr als die Zukunft anpacken. Es gibt deshalb nur einen Weg: nach vorne.

Die Grünen in der Ostschweiz haben dies erkannt. Sie setzen sich deshalb wie kaum eine andere Partei kantonsübergreifend für die Windenergie ein. Kurt Egger hat es in letzten „Ostgrün“ sehr schön auf dem Punkt gebracht: Die Energiewende in der Ostschweiz braucht weniger heisse Luft, dafür mehr Mut für Windenergie.

Überhaupt sind wir Grünen überzeugt: Wenn Klimaschutz richtig gemacht wird, dann ist er eine grosse Chance für die lokale Energiewirtschaft. Dank dem bestehenden CO₂-Gesetz wurde in der ganzen Schweiz eine willkommene Wirtschaftsdynamik erzielt. Diese sei «vor allem den Aktivitäten im Zusammenhang mit Energiesparmassnahmen im Gebäudebau und der Erzeugung erneuerbarer Energie zu verdanken», wie das Bundesamt für Statistik im vergangenen Jahr mitteilte. Gemäss BfS (Quelle: 2017, Konto des Sektors der Umweltgüter und -dienstleistungen) wird dieser Sektor immer bedeutender für das inländische Gewerbe: Von 2008 bis 2016 sind 37'471 Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalente) geschaffen worden, die zusätzliche Bruttowertschöpfung betrug 5.57 Mrd. Franken. Mit einem griffigen neuen Klimagesetz kann diese Wirkung noch verstärkt werden.

Damit es gelingt, müssen die Mehrheitsverhältnisse im nationalen Parlament verschobene werden. Mit 4-5 zusätzlichen grünen Sitzen hätten wir im CO₂-Gesetz viele fortschrittliche Entscheidungen auslösen können. Wir wollen deshalb bei den nationalen Wahlen mindestens 4 Sitze vorwärts machen, um das Klimaabkommen von Paris umzusetzen. Wir hoffen natürlich sehr, dass auch die Grünen Thurgau wieder mit von der Partie sind und wünsche ihnen für die Wahlen viel Energie und Rückenwind!

ENERGIE

SANDRA REINHART, PRÄSIDENTIN GRÜNE AMRISWIL

2019 ist ein Klimajahr!!

Das Klima erwärmt sich zum allergrössten Teil durch menschliche Aktivitäten - und zwar sehr viel schneller und stärker als ursprünglich angenommen. Dies bestätigt der letzte Bericht des mit über 2000 Wissenschaftler*Innen besetzten Klimagremiums der Vereinten Nationen (IPCC). Unsere Jugend fordert in diversen Schweizer Städten mit Demonstrationen und Streiks die Politik auf, endlich etwas für das Klima zu tun, damit die Klimaerwärmung wenn möglich auf 1,5 °C begrenzt wird, wie dies das Pariser



Klimaabkommen vorsieht. Die Grünen räumen der Klimapolitik daher allerhöchste Priorität ein und zwar auf nationaler, kantonaler wie auch auf Gemeinde Ebene.

Die Klimaszenarien bei Nichtstun sind bekanntlich verheerend:

Trockene Sommer: +2,5 bis + 4,5°C

Sommerniederschlag: – 25% bis +10%

Längste Trockenperioden: bis +9 Tage

Hitzetage: +3 bis + 17 Tage

Wärmste Tage des Jahres: + 2°C bis +5,5°C

Stärkster jährlicher Eintagesniederschlag: +10% Sommer und Winter

100 jähriges Eintagesniederschlagsereignis: + 10% Winter / + 20% Sommer

Anstieg Nullgradgrenze: 400 bis 650 m

Temperatur im Winter: +2°C bis + 3,5°C

Diese Szenarien haben grosse Auswirkungen auf Gesundheit, Nahrungsmittelproduktion und Tourismus und verursachen Schäden durch Unwetter wie Überschwemmungen oder Murgänge mit hohen Kostenfolgen. **Nichtstun ist also in jedem Fall teurer!**

Thurgauer Gesetz über die Energienutzung

Grüner Erfolg auf Bundesebene: 21. Mai 2017 hat die Schweizer Bevölkerung das Energiegesetz mit der Energiestrategie 2050 angenommen. Dieses wurde per 1.1.2018 zusammen mit den entsprechenden Verordnungen in Kraft gesetzt. Die Grünen ruhen sich auf diesem Erfolg aber nicht aus. Wir engagieren uns nun auf kantonaler wie auch auf Gemeinde Ebene für die notwendigen Gesetze und Richtlinien, um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen.

Seit der letzten umfassenden Revision des Thurgauer Gesetzes über die Energienutzung vom 27. Oktober 2010 hat sich zudem die Technologie wie auch die Baufachnormen geändert.

Deshalb befürworten die Grünen grundsätzlich die vorgeschlagene Revision des Gesetzes über die Energienutzung. Damit das neue Energiegesetz genügend Wirkung zeigt, fordern die Grünen in einzelnen Punkten zudem eine Verschärfung.

Wichtig ist zum Beispiel die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Nicht nur der Kanton, sondern insbesondere die Gemeinden sowie anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind in die Pflicht zu nehmen. Eine entsprechende Verankerung gehört also zwingend ins Gesetz über die Energienutzung.

Über zwei Drittel der Gebäude im Kanton Thurgau sind durch Öl- und Gasheizungen beheizt. Der Ersatz einer solchen Heizung soll durch eine Wärmequelle aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Der erneute Einbau eines fossil betriebenen Wärmeerzeugers soll nur noch in Einzelfällen mit einer Sonderbewilligung möglich sein.



Lösungen mit erneuerbaren Energiequellen sowie die Eigenstromproduktion sind unter Vollkostenrechnung günstiger. Zudem schaffen diese Massnahmen Arbeitsplätze im heimischen Gewerbe, da Investitionen getätigt werden und sie verringern den Geldmittelabfluss ins Ausland. (Mineralöl- und Gasimporte)

Heute verbraucht jede Person in der Schweiz etwa 51'000 kWh Energie pro Jahr. Das entspricht einer kontinuierlichen Leistung von rund 6'000 Watt. Mehr als 50% davon verwenden wir für Heizung und Warmwasser. Mit einem griffigen Gesetz über die Energienutzung können wir also viel bewirken.

STEUERN

DIDI FEUERLE, VIZE-FRAKTIONSCHIEF GRÜNE THURGAU UND PRÄSIDENT GRÜNE ARBON

STAF-Referendum (Steuerreform und AHV-Finanzierung)

Dank den Grünen, jungen Grünen und einer weiteren breiten Koalition ist bekanntlich das Referendum gegen die Steuervorlage 17 zu Stande gekommen. Sie wird auch Steuervorlage und AHV-Finanzierung, kurz „STAF“ genannt.

Wir möchten am 19.Mai mit einem wuchtigen NEIN ein Zeichen für mehr Steuergerechtigkeit setzen. Die Steuervorlage 17 bleibt ein schädlicher Milliardenbeschluss wie die USRIII.

Die Steuerdumping-Spirale der Kantone mit der Senkung der Unternehmungssteuern dreht sich weiter. Das unter anderem von der Schweiz angeheizte internationale Steuerdumping für Konzerne wird weiterhin unzählige Menschen von

Entwicklungsländern in die Flucht treiben.

Die Ausfälle werden auch für Kantone und Gemeinden massiv sein. Es wird mit Ausfällen von ca.2 Milliarden gerechnet.

Als Folge davon muss weiter bei der Bildung, bei Kindertagesstätten, Pflege, Spitex etc. gespart werden. Die Leute mit den kleinsten Einkommen, Alleinerziehende und Familien werden das am meisten spüren.

Der Mittelstand muss die Milliardengeschenke der Konzerne finanzieren. Die Zeche bezahlen also wir normalen Bürgerinnen und Bürger.

Steuervorlage Thurgau



Wir Grünen Thurgau unterstützen die Anpassung des Steuergesetzes mit dem Ziel, die Sonderregeln für multinationale Konzerne abzuschaffen, dies als Zeichen von Steuergerechtigkeit.

Was die Regierung nun mit der geplanten massiven Senkung der Unternehmenssteuern im Thurgau machen möchte ist für uns unverständlich. Im Juni 2016 lehnte auch der Thurgau die USR III mit 59.5% wuchtig ab und schickte die Umverteilung der Steuerlast von den Unternehmen zu den privaten Steuerzahlenden bachab. Die Steuerverluste der Politischen, Schul- und Kirchgemeinden wären nicht angemessen kompensiert worden.

Die vorgeschlagene Teilrevision des Steuergesetzes enthält nur unwesentliche Änderungen gegenüber der Vorlage von 2016 und muss nachgebessert werden.

Diese Vorlage generiert im Thurgau Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden in der Höhe von 32 Millionen Franken. Das entspricht ca. 200 Franken pro Steuerpflichtigen. Nach den Sparpaketen „LÜP“ und HG 2020 kann sich das der Kanton schlicht nicht mehr leisten. Es würde einen weiteren Abbau von Leistungen bedeuten und die Steuerlast wird von den Unternehmungen auf die privaten Steuerzahlenden verschoben.

Die Unternehmungen profitieren ja auch von staatlichen Leistungen für Infrastruktur, Bildung, Kultur etc. und müssen sich dementsprechend auch mit angemessen hohen Steuern an diesen staatlichen Leistungen beteiligen.

Die Unternehmenssteuern sind im Thurgau mit 16.4% bereits tiefer als zum Beispiel in Zürich mit 21.2% oder St. Gallen mit 17.4%.

Wir haben im Thurgau kaum steuerprivilegierte Unternehmungen und müssen darum auch keine Abwanderungen von Firmen befürchten, falls die Nachbarkantone ihre Steuersätze etwas nach unten anpassen. Es ist darum nicht einzusehen, wieso der Unternehmenssteuersatz im Thurgau für alle Firmen auf 13.4% gesenkt werden soll.

Wir müssen uns nicht an diesem ruinösen Steuerwettbewerb beteiligen.

Die Grünen Thurgau verlangen eine kostenneutrale Umsetzung. Der Unternehmenssteuersatz darf nur so weit gesenkt werden, wie die Kompensation von Bundesbeiträgen oder die Dividendenbesteuerung hergeben. **Der Gewinnsteuersatz soll mindestens 3.5% (heute 4.0%) betragen anstatt der vorgeschlagenen 2.5%.**

Die Steuerausfälle durch die Reduktion des Unternehmenssteuersatzes soll auch für die Politischen, Schul- und Kirchgemeinden kostenneutral gestaltet werden.

Wir sind gegen die Verknüpfung mit anderen bereits aufgegleisten Ausgleichsmassnahmen wie die Änderung der Restkostenfinanzierung bei der Pflege und die Erhöhung der Kinderzulagen. Diese Geschäfte sind unabhängig vom Steuergesetz zu behandeln.



JUNGE GRÜNE

SIMON VOGEL, PRÄSIDENT JUNGE GRÜNE THURGAU

Die Klimastreiks zeigen, die Jungen beschäftigt der Klimawandel. Sie gehen auf die Strasse, weil in Bern der Mut fehlt etwas zu unternehmen. Deshalb werden wir als Jungen Grüne im 2019 alles geben, um der Stimme unserer Generation Gehör zu verschaffen und damit im Klimaschutz endlich vorwärts gemacht wird. Denn der Klimawandel kommt und wir wollen uns ihm heute stellen und nicht erst in 30 Jahren versuchen zu retten, was noch zu retten ist.

Mit der Zersiedelungsinitiative ist das Klimawahljahr 2019 für die Jungen Grünen bereits voll im Gange. Es bietet sich die Chance eines der grössten Umweltprobleme der Schweiz zu lösen. Denn wir verbauen nach wie vor fast 1 Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde.

Anschliessend geht es bei den Jungen Grünen los mit dem Wahlkampf. Wir treten im März mit 5 Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der Grünen in Frauenfeld für den Gemeinderat an. Ziel ist ein Junggrüner Sitz im Gemeinderat um auch lokal etwas bewegen zu können.

Weiter wollen wir dieses Jahr ist auch klar als Junge Grüne zu wachsen. Nach einer ruhigen Phase die letzten Jahre sind wir zurück! Wir wollen Junge Leute für Politik begeistern. Zusammen mit anderen Jungparteien haben wir im Herbst das Jugendparlament Thurgau gegründet. Miteinander wollen wir wieder mehr Junge motivieren, sich mit der Politik zu beschäftigen.

Im Herbst werden wir mit einer Liste für die Nationalratswahlen antreten und so dafür sorgen, dass möglichst eine Grüne Stimme es bis nach Bern schafft!

WAHLEN 2019 UND AUSBLICK 2019

KURT EGGER, PRÄSIDENT GRÜNE THURGAU

Die Wahlen 2019 stehen im Zentrum der Aktivitäten 2019 der Grünen Thurgau.

Kommunalwahlen Frühling 2019

Die Grünen treten im Frühling 2019 bei allen Parlamentswahlen (Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen und Weinfelden) an. Das Ziel ist eine Verdoppelung der Mandate von 5 auf 10



Sitze. Mit Didi Feuerle als Stadtratskandidat in Arbon, Sandra Reinhart als Kandidatin für den Stadtrat in Amriswil und Mathis Müller als Gemeinderat in Pfyn streben die Grünen drei Exekutivsitze an.

Nationale Wahlen Herbst 2019

Die Grünen werden mit drei vollständigen Listen antreten: Grüne, Junge Grüne, Grüne Ü60. Ebenfalls kandidieren die Grünen für den Ständerat.

Wichtige Themen 2019

- Ja zur Zersiedelungsinitiative am 10. Februar 2019
- STAF-Referendum im Mai 2019
- Volksinitiative «Biodiversität Thurgau»: mit Umweltverbänden und weiteren Parteien lancieren wir im Frühling 2019 eine Volksinitiative. Sie hat zum Ziel, die Biodiversität im Natur- und Heimatschutzgesetz zu verankern, eine kantonale Biodiversitätsstrategie zu entwickeln und die finanziellen und personellen Mittel gegenüber heute zu verdoppeln.
- Ja zu einem Thurgauer Öffentlichkeitsgesetz «Offen statt geheim»
- Kantonale Steuervorlage
- Kantonales Energiegesetz

Fazit

Nebst dem Wahljahr stehen viele Grüne Themen auf der Traktandenliste. Hoffen wir, dass wir, dass der Kanton Thurgau im Jahre 2019 eine Spur ökologischer und gerechter wird.